

Reichswehrminister Dr. Gieseler: Wenn Sie einem Heer das Recht der politischen Meinungsfreiheit geben wollen, dann dürfen Sie es nicht abtemperieren nach der jetzigen herrschenden Parlamentsmehrheit. Die Reichswehr braucht Ruhe und darum bitte ich, es bei der Regierungsvorlage zu belassen. Durch Verordnung will ich in den nächsten Tagen die Wehrkommission einführen.

Die sozialdemokratischen Anträge werden abgelehnt. Weitere Paragraphen werden ohne erhebliche Abänderungen angenommen.

Reichsminister des Innern Koch erklärt, daß wenn nicht in aller nächster Zeit sich feststellen läßt, ob und wann die Abstimmungen in Oberschlesien und Ostpreußen stattfinden werden, man dann die Wahlen für Oberschlesien und Ostpreußen später ansetzen müsse.

Der Rest des Gesetzes wird angenommen, ebenso die Anlage betr. die Wahlkreiseinteilung und die Wahlkreisverbände. Es folgt die zweite Beratung des Gesetzesentwurfes über die Wahl des Reichspräsidenten.

Das Gesetz wird in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Freitag 3 Uhr pünktlich dritte Lesung des Wahlgesetzes. Schluß 7 Uhr.



Damen-Konfektion
Kleider-Stoffe
Inselnd Neu-Eingänge.
Wiesbaden, Schloß Ed.

Die Heeresstärke.

Eine deutsche Note.

Savas ist in der Lage, einen kurzen Abriss über die deutsche Note an die Alliierten bezüglich der Verstärkung der deutschen Armee geben zu können. Hunderttausend Mann sollen Deutschland bis zu seiner Zulassung zum Völkerbund gelassen werden, deren erste Bedingung, die Entwaffnung, bis jetzt noch nicht erfüllt ist. Die letzten Ereignisse haben die Unfähigkeit klar bewiesen, mit einer so geringen Truppenmacht die Ordnung aufrecht zu erhalten. Nur wenn die deutsche Regierung ihre Schlagfertigkeit erhält, wird sie über die Rebellen die Oberhand gewinnen. Die Bolschewisten waren auf den Staatsstreich Kapp nicht gefaßt, aber der Erfolg ihres improvisierten Widerstandes zeigt, welche Wirkung die von ihnen ausgehende Initiative haben kann. Revolutionäre Herde existieren in Deutschland infolge der wirtschaftlichen Lage. Die Regierung muß insofern die Mittel an der Hand haben, revolutionären Versuchen zuvorzukommen und sie mit ausreichender Waffengewalt zu unterdrücken. Hunderttausend Mann genügen nicht für die Regierung einer Bevölkerung von 60 Millionen. Die Polizei kann nicht die Zersplitterung der Armee ersetzen und die Zersplitterung der Armee erlaubt der Regierung infolge der Entfernung der verschiedenen Agitationszentren nicht, die Aufrechterhaltung der Ordnung zu sichern. Die Heeresverminderung wie sie durch den Vertrag vorgesehen ist, würde ernste Folgen nach sich ziehen, denn daß der Kappische Staatsstreich sich entwickeln konnte, ist nur dem Umstand zu verdanken, daß es unzufriedene Soldaten gab, die fürchteten, auf die Straße gesetzt zu werden. Eine Armee von zweihunderttausend Mann kann nichts anderes tun, als gegen Banden kämpfen, und kann weder zur Verteidigung noch zum Angriff gegen eine fremde Macht gebraucht werden. Infolgedessen verlangt die deutsche Regierung von den alliierten Mächten die Aufrechterhaltung von 12 Divisionen Infanterie, drei Divisionen Kavallerie, fünf Panzerbrigaden, die wie Divisionen organisiert sind, mit schwerer Artillerie, bestehend aus zwei Steilfeuerbatterien und einer Nachschubbatterie, insgesamt acht Fliegerstaffeln und vier Bionierkompanien. Die von Deutschland gemachten Vorschläge stellen die unentbehrlichen Garantien

dar, um den inneren Frieden und den wirtschaftlichen Wiederaufbau zu sichern. Der Note ist eine Hilfstabelle beigefügt, die die Zersplitterung der Streitkräfte zeigt, die der deutschen Regierung zur Verfügung stehen, und die ihr die Aufrechterhaltung der Ordnung unmöglich macht. Ein anderer Anhang liefert Beweisgründe zur Unterstützung der Forderung der deutschen Regierung, die Ermächtigung zur Unterhaltung von schwerer Artillerie, Eisenbahnpolizei und Fliegerstaffeln zu erhalten. Diese Beweisgründe spielen auf die Rolle an, die diese Spezialwaffen bei Unterdrückung einer revolutionären Bewegung spielen. Schließlich gibt ein dritter Anhang Aufschluß über die Verteilung der 200 000 Mann, wie sie von dem Reichsminister vorgelegt ist.

Die deutsche Note, welche die Forderung nach einer Armee von 200 000 Mann stellt, hat in Konferenzkreisen lebhaften Eindruck hervorgerufen. Es scheint, daß sie ohne Überraschung und auf italienischer und englischer Seite sogar mit einem gewissen Wohlwollen aufgenommen wurde. Auf französischer Seite behält man sich die Bildung einer Meinung vor bis zur Prüfung dieser Frage durch die Konferenz. Es möge sein, daß die bolschewistische Gefahr eine Vermehrung des deutschen Heeres nötig mache, das allerdings schon zahlreicher sei, als es sein sollte. Nach dem militärischen Staatsstreich Kapps könne aber Frankreich gegen eine Verstärkung der deutschen Armee Bedenken erheben; wenn der Bolschewismus zu fürchten sei, so sei es der Militarismus nicht weniger. Wenn der Friedensvertrag daher die von Deutschland gewünschte Veränderung erlaube, so erscheine es gerechtfertigt, daß Frankreich genügend Garantien erhalte gegenüber jedem Versuch einer militärischen Revolution. Die deutsche Note werde den Regierungschefs Anlaß geben, das ganze Problem der Entwaffnung Deutschlands zu besprechen.

Die Lage im Ruhrgebiet.

Neue Putzgefahr.

Über eine neue kommunistische Bewegung im Ruhrgebiet werden dem „D. T.“ aus dem bergischen Land Einzelheiten gemeldet, aus denen hervorgeht, daß dort eine neue spartakistische Bewegung vorbereitet wird. Als Hauptstich der Agitation wird Kemscheid bezeichnet, wo die Sicherheitswehr nur aus Kommunisten und Unabhängigen bestehe und die Polizei vollständig ausgeschaltet sei und die Waffen nur in lächerlich geringer Menge abgegeben worden seien, die Behörde in diese Dinge gar keinen Einblick gewinne und die Stadtverordnetenversammlung seit mehr als einen Monat nicht mehr zusammengerufen sei, so daß die großen Ausgaben für die Sicherheitswehr und andere revolutionäre Organe ohne deren Genehmigung gemacht wurden. Auch in Varmen und Solingen sollen Vorbereitungen zu einer spartakistischen Bewegung getroffen werden. Im Ruhrgebiet habe man die Ueberzeugung, daß im bergischen Land die Vorbereitungen zur Bildung einer neuen roten Armee betrieben werden und die in anderen Städten nicht abgelieferten Waffen dort hin geschafft seien.

Die Regierungstruppen.

In einer von dem Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation in Berlin dem Präsidenten der Friedenskommission übergebenen Note ist darauf hingewiesen worden, daß infolge der bis zum 21. April durchgeführten Verminderung der Kopfstärke der Truppen in der 50-Kilometer-Zone die zulässige Zahl nicht mehr überschreite. Daß nur noch die Zahl der Verbände um 10 Infanteriebataillone und 10 Batterien überschritten ist. Die weitere Verminderung der Verbände ist im gegenwärtigen Augenblick nicht angängig, da die Durchführung der polizeilichen Maßnahmen in den stark bevölkerten, dicht beieinanderliegenden Ortschaften es besonders vorteilhaft erscheinen lasse, kleine Verbände zu verwenden. Unter diesen Umständen hat die deutsche Regierung gebeten, daß die zulässige Truppenzahl entsprechend früheren Vorschlägen lediglich nach Köpfen bemessen werde. Sie wolle aber mit besonderem

Griff und im Bewußtsein ihrer Verantwortung wieder darauf hinweisen, wie wichtig es ist, immer der für die Ruhe, Sicherheit und Ordnung in der Welt einfließen zu können, das den Kern des deutschen politischen Lebens bildet. Dem Vorsitzenden des alliierten Ueberwachungsauusschusses für das Ruhrgebiet, ist eine genaue Uebersicht der Truppenverbände in der 50-Kilometer-Zone übersandt worden.

San Remo.

Die türkische Frage.

Die Konferenz in San Remo setzte die Prüfung des türkischen Friedensvertrages fort. Die Marschälle Wilson und der italienische Generalfeldmarschall waren einig, daß 24 Divisionen der Alliierten notwendig um die gestellten Aufgaben zu lösen. Benito Mussolini stellte die Zahl und Aufgaben der alliierten Truppen fest, die die Durchführung des Friedensvertrages in Türkei, insbesondere die Einschränkung des türkischen Überwachungsgebietes. Die alliierten Marinekräfte in der Meerenge überwachen. Die Lösung der türkischen Frage wurde hinauszugeschieben. Das endgültige Ergebnis zwischen England und Frankreich abgemacht. Es sieht, dem Völkerbunde das Mandat über Armenien übertragen, wird infolge der Einwendungen des Ausschusses der Völkerbundsliga fallen gelassen. In arabischen Staaten Schweden und Norwegen wurden von der Konferenz erucht, das armenische Volk zu unterstützen. Eine internationale Anleihe soll ausgeschrieben werden, um es Armenien zu ermöglichen, sich ein Staatsparlament zu verschaffen.

Allerlei Nachrichten.

Trohungen der Ehrhardt-Brigade.

In der Nationalversammlung teilte Reichsminister Celler mit, daß eine Abordnung der Ehrhardt-Brigade aus dem Munsterlager bei ihm vor, um unter Trohungen zwei Bedingungen vorzulegen, die befehl gegen den Kapitän Ehrhardt auszuüben und genehmigen, daß er an der Spitze seiner Truppe bleibe. Der Reichswehrminister erklärte, er habe Zweifel gelassen, daß dem nicht stattgegeben werden und er hoffe, daß der Befehl gegen Kapitän Ehrhardt zur Ausführung gelangt sei. Der Minister mit der Bitte, für die Gesundheit des Heeres die Freizügigkeit durch Zustimmung zu der Regierung und die Entscheidung über die grundsätzlichen Fragen Wehrgesetz zu überlassen.

Zum Kappischen Putz.

Rechtsanwalt Brederod, der Professor der Regierung, der unter dem Namen eines Ingenieurs Schuldig in Telford bei Potsdam sich aufhielt, wurde Polizeibeamten dort festgenommen und in das Polizeigefängnis gebracht.

Der Bürgermeister von Kiel, Dr. Lindemann, der während der Kapp-Züge die Interessen der Regierung vertrat, wurde verhaftet.

Auch Hauptmann Kahn vom persönlichen Stab des Reichswehrministeriums wurde wie Major v. Gille u. a. b. i. in der ersten Reihe stehen weitere Veränderungen in der Heeresleitung und in den Ämtern bevor. Der persönliche Stab des Reichswehrministeriums soll ganz aufgehoben werden, da man dem Gedanken ausgeht, daß der persönliche Stab die Wiederholung des Reichswehrministeriums sei und her durch die Verkleinerung des Heeres überflüssig. Irrendwelse Differenzen sollen bei der Beurteilung mitspielen. Beide Offiziere beantragen lediglich einen geringen Erhöhungsurteil. Major v. Gille will sich

Schloß Damerow.

Ein Familienroman von Erich Knopp.

15] (Nachdruck verboten.)

Der Born des Barons war wieder im Wachsen. Seine etwas eingesunkenen Augen bohrten sich in das gegenüberliegende Wagenpolster, als ob er dort den Gegenstand seines Hasses zu suchen habe.

Agnes gewahrte mit Genugtuung, daß ihre Worte den erhofften Erfolg gezeitigt hatten.

„Was denkst du zu tun, Papa?“ fragte sie.

„Ich schneide das Ficktsch zwischen ihm und mir entzwei, wenn er nicht eine ehrenvolle Erklärung abgibt, daß er jede Verbindung mit den Barons abbrechen will; wenn er nicht Abbitte leistet für sein unverantwortliches Betragen und für seine unheimlichen Worte.“

„Das wird er jedenfalls nicht tun,“ warf sie lauernd ein.

„Dann zitiere ich den Notar her und setze ihn wegen Aufsehung und Ungehorsams auf das Ficktsch. Punktum. Dieser Gedanke ist mir übrigens nicht erst heute gekommen; habe mich schon lange damit getragen.“

Triumphierende Lächler glitzerten in den Augen der Tochter auf. Nun mußte sie ihren letzten Vorstoß unternehmen.

„Dalls er sich aber unterwirft und dich befriedigt, dann wolltest du ihn weiter um dich dulden, Papa? Du erinnerst dich wohl noch, was ich vorhin sagte: ich kann mit ihm unter keinen Umständen mehr zusammenbleiben nach dem, wie er mich behandelt hat.“

Trotz warf sie ihren schönen Kopf hintenüber. Ihr Entschluß war unabänderlich. Das sah der Vater wohl ein. Wenn er vielleicht auch die Absicht gehabt hatte, unter den angegebenen Voraussetzungen Hellmut zu verzeihen, so mußte er diese Absicht jetzt fallen lassen.

„Sei gut, Agnes, ich bitte dich. Nicht diesen bösen Ausdruck in deinen schönen Augen. Komm, Kind, gib mir einen Kuß. So. Es soll jetzt alles geschieden, so wie du es haben willst, mein Herzblatt. Wenn er dich so gekränkt hat, daß du ihn nicht mehr sehen kannst, nun, dann wird er auf alle Fälle, komme es wie es wolle.

nach Grünheide geschickt — auf das Vorwerk. Das mag er mirneinwegen dann allein verwalten.“

Jetzt erst atmete Agnes erleichtert auf — jetzt erst verspürte sie das Sättigkeitsgefühl ihrer Rache. Hellmuts Schicksal war besiegelt; er wurde ihrem Gesichtsfeld entrückt. Aus Dankbarkeit umarmte und küßte sie ihren Vater impulsiv.

Sie waren beide wieder in vollster Harmonie und besprachen das Räbere der Ueberbelbung Hellmuts.

„Ist er erst da, Papa, dann kann er auch nicht so leicht mehr in Versuchung kommen, Belohnen aufzusuchen, denn Grünheide ist ja viel zu weit entfernt,“ bestärkte sie ihn in seinem Vorhaben.

Das schmeichelnde Wesen seiner Tochter und die Absicht, seine Autorität gegenüber dem unbotmäßigen Sohne durch eine entsprechende Maßregel wieder hergestellt zu sehen, hatte seinen Born etwas gedämpft. Aber doch war dabei noch manches zu bedenken und zu überlegen. Es ging ihm verschiedenes durch den Kopf. Nach einiger Zeit sagte er:

„Es muß ein vollständiger Personalwechsel unter den Inspektoren eintreten. Kohlrausch kommt von Grünheide aufs Schloß. Für ihn muß im Verwaltungsbau eine Wohnung zurrichtgemacht werden. Im. In einer Beziehung ist mir das sogar ganz lieb. Er ist eine ausgezeichnete Kraft, Geschäftsmann durch und durch. Kann ihn hier leichter zu Rate ziehen und auf ihn allein kann ich mich verlassen. — Aber — wie ist mir? — Hastest du nicht etwas gegen ihn? Ist es eine persönliche Antipathie deinerseits gegen den Mann oder liegt sonst etwas vor?“

Agnes war betroffen. An den Inspektor Kohlrausch hatte sie nicht gedacht. Ja, dieser selbstsichere, gewandte junge Mann war ihr in der Tat unheimlich. Aber von beiden Uebeln mußte sie das kleinere wählen. Besser war es, Kohlrausch mit seiner Ausdrucksfähigkeit würde auf das Schloß versetzt, als daß Hellmut länger mit ihr dieselbe Luft atmete. Sie antwortete daher mit erzwungenem Gleichmut:

„Es ist richtig, daß mir Kohlrausch nicht besonders ausfällt. Wer man wird sich vielleicht an ihn gewöhnen. Wenn du ihn sonst für einen ehrenwerten Charakter hältst, dann laß ihn nur aetrost kommen.“

„Er ist ein erfahrener, tüchtiger Landwirt, ergeben und tatkraftvoll. Zwar besitzt er eine starke Selbstvertrauen und ziemlich ausgebildetes Egoismus. Doch muß man ihm diese Eigenschaften zugute im Hinblick auf seine sonstige Tüchtigkeit. Ich bin ihm sehr hoch. Ueber seinen Ruf hat man noch etwas Nachteiliges gehört. Du kannst ihm mit Vertrauen begegnen.“

Sie nickte vor sich. Dann sagte sie in besonnenem Tone:

„Wenn ich dich bitten darf, Papa, tritt noch keine Anordnungen in bezug auf die Ausquartierung. Auch wünsche ich in deinem Interesse, daß du Hellmut nur das Unvermeidliche zu verhandeln laßt, ohne dich in einen längeren Wortwechsel mit ihm einzulassen. Du regst dich unnötig auf und der schadet dir. Ich habe Hellmut mitgeteilt, daß ich alles berichten werde. Er ist wohl ohnehin auf die ungünstigste gefaßt. Bitte, gib mir deine Hand, Papa, daß du nur die Frage berührst, die wir besprochen haben. — So, das ist hübsch von dir, Agnes.“

Sie wollte auf diese Weise zu verhindern, daß bei der Aussprache zwischen Hellmut und dem Vater ihr so sorgfältig gehütetes Geheimnis gestreift wurde. Sollte dieser Fall aber dennoch eintreten, nun, konnte sie es einfach ableugnen, und kein Mensch imstande, ihr das Gegenteil zu beweisen.

Der Baron versiel jetzt in längeres Nachdenken. „Wenn ich nur wüßte, was Hellmut dort immer Belohnen zu schaffen hat — was ihn dort hingelockt — meinte er nach einer Weile. „Ich kann es mir nicht denken, daß es allein die Dunkel sind, die ihn anlockt. Sollte etwa Adele — — aber die denkt ja gar nicht mehr ans Heiraten; die hat von den Jagden gerade genug. Oder bist du anderer Ansicht?“

Agnes lächelte geringschäßig.

„Adele? Nein! Dieser Gedanke ist mir nicht entfernt gekommen. Wie sollte das auch? — Dir diesen Kontrast zwischen Egon und Hellmut.“

(Fortsetzung folgt)

Oberbannern begeben und auf Wunsch des Reichspräsidenten später einen Posten in der Reichswehr übernehmen.

Locales und Provinzielles.

Schierstein, den 24. April 1920.

Die Feuerwehrrichtigen werden auf die in heutiger Nummer enthaltene Bekanntmachung betr. Übung des 1. und 2. Zuges hingewiesen.

Erhöhung der Bierpreise. Die schon lange in der Luft schwebende Bierpreiserhöhung hat der hiesige Ausschuss jetzt zur Tatsache werden lassen. Der Preis beträgt von heute ab für den Schoppen (0.35 Ltr.) Mk. 1.—, für den Becher (0.30 Ltr.) 0.85 Mk. Für höherprozentiges Bier Mk. 1.30 bzw. Mk. 1.15.

Hinweis. Der Arbeiter-Gesangverein „Sänger-Lied“ hält am Montagabend eine Versammlung ab.

Große amerikanische Fleischlieferungen. Zwischen fünf amerikanischen Fleischpackerfirmen und der deutschen Regierung ist, nach der „Frankf. Zeitung“ eine Erneuerung des Kreditabkommens über große Speck- und Fleischlieferungen an Deutschland zustande gekommen, wobei sich großes Entgegenkommen der Amerikaner feststellen lässt. Zwar bleibt die Fakturierung in Dollar bestehen und zwar bis zur Höhe von 75 Millionen Dollar, aber die Packerfirmen haben zugestanden, daß die Tilgung des neuen Kredits erst dann zu beginnen braucht, wenn die Außenkredite beglichen sein werden, was voraussichtlich Ende 1920 der Fall ist. Auf die Balutagarantien der deutschen Großbanken wurde verzichtet, sie haben statt dessen die Gegenwerte der Ware treuhänderisch für die amerikanischen Lieferanten zu verwalten. Außerdem werden geliefert: 45 Millionen Kilo ausländisches Fleisch, 50.000 lebende Schweine, 20.000 lebende Rinder, 28 Millionen Kilo Speck, 25 Millionen Kilo Schmalz, 3 Millionen Kilo Käse, 400.000 Kisten Milch mit je 48 Dosen, verschiedene Geflügel zur Herstellung von ungefähr 50 Millionen Kilo Margarine, 10 Millionen Kilo Reis und 1,2 Millionen Zentner Kartoffeln. Ferner ist die Einfuhr von großen Mengen Heringen aus England und den skandinavischen Ländern gesichert.

Einer allerdings noch nicht bestätigten Meldung zufolge soll zwischen Dänemark und Deutschland demnächst ein Warenaustausch beginnen. Dänemark soll hauptsächlich Rindvieh, Schweine und Pferde ausführen, während Deutschland besonders Kohle, Eisen und Stahl liefern soll. Sachverständige glauben, den Wert auf monatlich 30—45 Millionen Kronen veranschlagen zu dürfen.

Krankenkasse. Durch Verordnung der Reichsregierung vom 1. 4. 1920, Reichsgesetzblatt Nr. 65, ist die seitherige Höchstgrenze des Grundlohnes mit 10 Mark in Wegfall gekommen und ist es den einzelnen Kassen überlassen, die Höchstgrenze des Grundlohnes, der den Beiträgen und Leistungen der Kasse zu Grunde liegt, selbst zu bestimmen. Hierdurch besteht die Möglichkeit, das Krankengeld, welches bisher in der höchsten Stufe 5 Mk. täglich betrug, wesentlich zu steigern, allerdings rücken die Beiträge der Erhöhung entsprechend automatisch nach. Trotzdem muß diese Erhöhung erfolgen, da ein Krankengeld von 5 Mk. heute vollkommen ungenügend ist. Gleichzeitig ist durch die genannte Verordnung die Versicherungspflicht zur Krankenversicherung bis zu einem Einkommen von 20.000 Mark jährlich erhöht. Versicherte, welche infolge Überschreitens der bisherigen Versicherungsgrenze abgemeldet worden sind, sowie solche Versicherten, welche durch genannte Verordnung der Versicherungspflicht neu unterstellt werden, sind durch ihre Arbeitgeber innerhalb 8 Tagen nach Inkrafttreten dieser Verordnung d. i. 26. April d. Js. der zuständigen Kasse anzuzeigen und beginnt die Beitragspflicht mit dem 26. April d. Js.

Gewerbeverein für Nassau. Die am Dienstag im Limburg stattgefundene Hauptversammlung des Gewerbevereins war sehr gut besucht und nahm einen sehr angenehmen Verlauf. Es soll eine vollständige Ummalzung in der Verwaltung des Zentralvorstandes stattfinden, vor allem Schule und Gewerbe getrennt werden, um endlich einmal dem Hauptzweck des Vereins dienen zu können. Dem Zentralvorstand werden für die Folge aus 18 Vertretern des Handwerks angehören, die durch die Bezirksverbände (früher Kreisverbände) zu wählen sind.

Die Erhöhung der Fernspreckgebühren. Die Fernspreckgebühren sollen allgemein um 100 Prozent erhöht werden. So sehr man zugeben muß, daß kein Betrieb mit Defizit arbeiten soll, ebenso muß andererseits verlangt werden, daß bei der Lastenverteilung Gerechtigkeit herrscht. Die allgemeine Verteuerung ist unbillig. Man sollte unterscheiden, ob jemand den Anschluß für seinen Betrieb benötigt, oder ob er ihn nur aus Luxus, Bequemlichkeit besitzt. Letzterer sollte stärker herangezogen werden als ersterer, zumal es in seinem Belieben liegt, ob er den Anschluß behalten will oder nicht, was man von letzterem nicht sagen kann, da er durch die Aufgabe der Fernspreckverbindung Schaden leidet. Die Gebühren-erhöhung für Geschäftsinhaber sollte daher geringer sein als die für Privatpersonen. Was erlernten nachgelassen wird, müßte letzteren aufgeschlagen werden. Wer sich den Anschluß aus Bequemlichkeit gestattet, kann sich nicht beklagen, wenn er anders behandelt wird als die Un-fernsprechenden.

Gegen weitere Verteuerung des Reiseverkehrs. Gegen die sofortige Verabschiedung der Staatsverträge über Ueberrahme auf das Reich erhob der Verband reisender Kaufleute Deutschlands bei der Nationalversammlung Einspruch, weil er von den Verträgen eine neue erhebliche Belastung des gesamten Verkehrslebens erwartet.

Preisermäßigung für Messing. Die vereinigten Messingwerke Deutschlands ermäßigen die Richtpreise für Messingblech um 300 Mark und für Messingstangen um 200 Mark auf 2350 Mk. per 100 Kilogramm.

Keine Eisenpreiserhöhung. Der Reichswirtschaftsminister hat im Hinblick auf die Abschwächung der ausländischen Devisen, welche den Eisenwerken die Erzbezüge aus dem Ausland wesentlich verbilligen, die Zustimmung zu einer Erhöhung der Eisenpreise verweigert; die Erhöhung war im Hinblick auf eine neue Verteuerung der Kohle beantragt worden.

Bekämpfung der Wohnungsnot. Der Reichsrat nahm gestern eine reichsgesetzliche Regelung der bisher im Verordnungswege getroffenen Maßnahmen zur Bekämpfung der Wohnungsnot an. Die Landeszentralbehörden können nunmehr die Gemeinden zu entsprechenden Maßnahmen ermächtigen oder verpflichten oder bei außerordentlichen Umständen mit Zustimmung der Reichsbehörden bis zu Eingriffen in die Freizügigkeit, die Unverletzlichkeit des Privateigentums und der Wohnung gehen. Die zur Bekämpfung des Wohnungsmangels getroffenen Verfügungen können im Wege des unmittelbaren Polizeizwanges durchgeführt werden. Strafen sind bis zur Höhe von 10.000 Mark vorgesehen. Das Gesetz soll noch von der Nationalversammlung erledigt werden.

Aus dem Rheingau, 23. April. Wie amtlich bekannt gegeben wurde, sind als durch die Reblaus verseucht die Gemeinden Bellmich, Nobern, St. Goarshausen, Lorch, Saub, Bornich, Lorchhausen, Biedrich, Wiesbaden, Hochheim, Geisenheim, Wintel, Mittelsheim, Dettlich, ferner die Weinberge des Fürsten von Metternich auf dem Johannisberg zu betrachten. Mit dem verseuchten Teil der Gemeinde Johannisberg zusammen bilden Mittelsheim, Wintel und Dettlich einen Gemeindebezirk.

Fallen die Weinpreise? Von sachmännischer Seite wird geschrieben: Das Anziehen des Marktturmes hatte zur Folge, daß die Nachfrage nach Wein etwas nachgelassen hatte, wie überhaupt auf dem ganzen übrigen Warenmarkt eine allgemeine Zurückhaltung wahrzunehmen ist. Wenn eine solche Entwicklung naturgemäß von den Weintrinkern nur begrüßt werden kann, so muß doch davor gewarnt werden, für das reelle Geschäft und den gesetzmäßigen Handel von der Besserung unserer Valuta eine baldige Aenderung in der Richtung auf niedrige Preise zu erwarten. Wein ist heute zum Luxusartikel geworden, den sich, sozusagen, nur noch Millionäre und Kriegsgewinnler leisten können. Im Ausland sind die Weinpreise im Verhältnis zu uns gerade so hoch; wer aber z. B. gern „Rheingauer“ trinkt, dem ist mit Auslandswein kein Ersatz geschaffen. Will er diesen unbedingt haben dann muß er ihn hier kaufen. Dieser ist aber vorwiegend in den Händen der Weinhändler und Spekulanten, die jedenfalls kein Geld zulegen wollen und wegen des Mangels, und der allgemein starken Nachfrage die Preise vorerst noch auf der jetzigen Höhe halten können. Voraussichtlich werden also die Weinpreise vor der neuen Ernte keine wesentliche Aenderung erfahren, höchstens könnte bei quantitativer gut zu erwarteter Herbst, um die Fässer hierfür frei zu bekommen, im August und September durch späteres Angebot der Stückpreis um einige Tausend Mark herunter gehen. Sollten Spätfröste eintreten, was bei so zeitigem Austritt der Reben wie in diesem Jahre leicht der Fall ist, oder durch schlechten Ansat der Ge- scheine, oder eine verregnete Blüte, die Traubenernte schmalern, dann wird der Wein mit Sicherheit die heutigen hohen Preise noch übersteigen. Knechtliche Gemüter brauchen auch kein Versteigerungsverbot oder Festsetzung von Höchstpreisen zu befürchten, denn so lange der preussische Staat selbst Weingutsbesitzer ist, werden wohl solche Bestimmungen nicht erlassen werden. Wenn also eine Preisänderung sich vollzieht, so ist sie leider Gottes zunächst immer noch im Sinne einer Steigerung zu erwarten. Das ist auch die Auffassung aller maßgebenden Kreise, und es kann deswegen nur davor gewarnt werden, an die Besserung unserer Valuta allzu freudige Hoffnungen in dieser Beziehung zu knüpfen. Die Zurückhaltung in der Kaufkraft, die in letzter Zeit beobachtet werden konnte, wird deswegen auch nur vorübergehender Natur sein, wenn die Konsumenten erst einsehen müssen, daß die Erwartungen auf Preisentwertung sich leider nicht erfüllen. (Die sachmännische Seite scheint an der Sache sehr interessiert zu sein. Red.)

Ämtliche Bekanntmachungen.

Betr. Ausgabe von Frauen- und Kinder-Strümpfen.

Der Gemeinde stehen zur Verteilung eine geringe Anzahl Frauen- und Kinder-Strümpfe zur Verfügung.

Anträge auf Ueberweisung solcher Strümpfe sind schriftlich bis Dienstag, den 27. d. Mts., vormittags, auf Zimmer 7 des Rathauses einzureichen.

Betr. Ausgabe von Faserfloeden.

Die Ausgabe von Faserfloeden für Kinder und Kranke findet Dienstag, den 27. d. Mts., von 9—10 Uhr vorm., gegen Vorzeigung der Ausweise auf Zimmer 4 im Rathause statt. Ein Pfund Faserfloeden kostet Mk. 1.40. Die Beträge sind unbedingt abgezählt mitzubringen, und die festgesetzte Zeit ist genau einzuhalten.

Betr. Ausgabe von Zucker.

In den hiesigen Lebensmittelgeschäften gelangen für den Monat April 625 Gramm Zucker, das Pfund zu 1,50 Mk., zur Ausgabe.

Schierstein, den 24. April 1920.

Der com. Bürgermeister: Keffels.

Theater-Spielplan.

Nassauisches Landestheater in Wiesbaden.

Vom 25. bis 27. April 1920.

Sonntag, Ab. C: Neu einstudiert: „Die Stumme von Portici“. Anfang 6 Uhr.

Montag, Ab. B: „Kabale und Liebe“. Anfang 6 Uhr.

Dienstag, Ab. D: „Der Bettelstudent“. Anfang 6½ Uhr.

Residenztheater in Wiesbaden.

Vom 25. bis 27. April 1920.

Sonntag, Vorm. 11 Uhr: Neues Schauspiel Schenck's Liliputaner: „Sveedvintchen und die sieben Zwerge“.

Nachm. 3 Uhr: Salbe Preise! „Die Dollarprinzessin“.

Abends 7 Uhr: „Wiener Blut“.

Montag, abends 7 Uhr: „Das Glücksmädel“.

Dienstag, abends 7 Uhr: „Die Försterbrüder“.

Bierpreis-Aufschlag.

Nach weiterer sprunghafter Erhöhung der Herstellungskosten und Höchstpreisfestsetzung durch das Reichswirtschaftsministerium stellt sich der Preis für Bier für heute ab an:

0.35 Lt. (Schoppen) Mk. 1.—

0.30 „ (Becher) „ 0.85

Für höherprozentiges Bier (Friedensbier)

0.35 Lt. (Schoppen) Mk. 1.30

0.30 „ (Becher) „ 1.15

Schierstein, den 24. April 1920.

Gastwirte-Verein

Schierstein a. Rh.

Sonntag, den 25. April,

im Saalbau „Kaiser Friedrich“

Essentielle große

Unterhaltung mit Tanz.

Es ladet freundlichst ein

Humorist M. Becker.

Arb.-Gesangverein Sängerkunst

Am Montag, den 26. April, abds. 7½ Uhr,

hält der Arb.-Gesangverein Sängerkunst bei Phil. Siegert,

Wilhelmstraße, seine vierteljährliche

Versammlung

ab. Wir laden hierzu unsere Ehren-, aktiven und inaktiven Mitglieder zu recht zahlreichem Besuch ein und bitten um pünktliches Erscheinen.

Der Vorstand.

Die Tagesordnung wird im Lokal bekannt gegeben.

